

Stadt Haan

Niederschrift über die

4. Sitzung des Bau-, Vergabe-, Verkehrs- und Feuerschutzausschusses der Stadt Haan

am Donnerstag, dem 10.06.2010 um 17:15 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:15

Ende:
18:51

Vorsitz

Stv. Jens Lemke

CDU-Fraktion

Stv. Marlene Altmann

Vertretung für Stv. Dr. Karl-August Niepenberg

AM Heinz Bogatzki

Stv. Wolfgang Goeken

Stv. Udo Greeff

AM Jens Mühlmeister

Stv. Rainer Wetterau

Vertretung für AM Ursula Borgmann

SPD-Fraktion

Stv. Walter Drennhaus

Vertretung für AM Michael Heinze

Stv. Jörg Dürr

AM Julia Klaus

Vertretung für Stv. Michael Petersen

AM Bernd Krumsiek

Stv. Michael Schneider

Vertretung für Stv. Bernd Stracke

FDP-Fraktion

AM Joachim Bohn

Vertretung für Stv. Patrick Sobbe

AM Wolfgang Koziol

Stv. Klaus Straßburg

GAL-Fraktion

Stv. Andreas Rehm

Vertretung für Stv. Petra Lerch

AM Jonas Riepe

Vertretung für AM Stephanie Zambon

UWG-Fraktion

AM Christian Bigalke

Die Linke

AM Klaus Walter

Verwaltung

Frau Ute Eden

Herr Guido Mering

Herr Jürgen Rautenberg
Herr Guido Rose
Herr Carsten Schlipköter
Herr Erik Waldmann

Schriftführer

Herr Fabian Winkler

Der Vorsitzende Jens Lemke eröffnet um 17:15 Uhr die 4. Sitzung des Bau-, Vergabe-, Verkehrs- und Feuerschutzausschusses der Stadt Haan. Er/ begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. E stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Der Vorsitzende, **Stv. Lemke**, teilt mit, dass der Ausschuss derzeit nicht beschlussfähig sei, da die Zahl der Ratsmitglieder gem. § 58 (3) der Gemeindeordnung NRW nicht die Zahl der sachkundigen Bürger übersteige. Er sei aber zuversichtlich, dass in nächster Zeit durch das Eintreffen weiterer Ratsmitglieder die Beschlussfähigkeit hergestellt werden könne. Er wird mit allgemeinem Einvernehmen darin bestätigt, dass zunächst die Tagesordnungspunkte vorgezogen werden, die lediglich eine Kenntnisnahme erfordern.

. / Belange des Feuerschutzes

1./ Projektfreigabe "Ersatzbeschaffung von zwei Rettungswagen Typ C" Vorlage: 32/001/2010

Protokoll:

BAR Schlipkötter erläutert die Vorlage. Danach sei der Feuerschutz anders zu bewerten als das Rettungsdienst- und Krankentransportwesen. Letzterer müsse Kosten deckend betrieben werden. Da die RTWs immer mit Vollaft führen, seien sie aus Sicherheitsgründen nach 7-8 Jahren zwingend auszutauschen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Die Freigabe des Projekts "Ersatzbeschaffung von zwei Rettungswagen Typ C" wird erteilt und die Verwaltung mit der Umsetzung beauftragt."

2./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

3./ Mitteilungen

Protokoll:

Es liegen keine Mitteilungen vor.

. / Bauangelegenheiten

4./ Bericht über Bauprojekte des Tiefbauamtes Vorlage: 66/010/2010

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Der Bericht der Verwaltung über die Baustellen des Tiefbauamtes wird zur Kenntnis genommen."

5./ Bericht zum Stand verschiedener Bauprojekte des Gebäudemanagements Vorlage: 65/016/2010

Protokoll:

Der Vorsitzende, **Stv. Lemke**, richtet seinen Dank an **TA Eden** und **TA Winkler** vom Gebäudemanagement für ihre informativen Erläuterungen vor Ort an der Don-Bosco-Schule.

TA Eden erläutert den Stand der Dinge bei verschiedenen Bauprojekten des Gebäudemanagements.

Stv. Greeff fragt nach den Kosten einer Umsetzung der Ausweich-Container.

Stellungnahme der Verwaltung:

Es soll ein Ausweichcontainer mit einer Fläche von 55 qm vom Standort Don Bosco zur GGS Gruiten umgesetzt werden. Die Kosten hierfür belaufen sich auf 9.500,- € für die Vorbereitung des Container-Standplatzes und den Transport und die Umsetzung, sowie 14.300,- € Mietgebühr für 24 Monate Standzeit. Es handelt sich um einen 1-Raum-Container ohne Wasseranschluss, mit Elektro-Heizung.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Der Bericht zum Stand der Bauprojekte des Gebäudemanagements wird zur Kenntnis genommen."

**6./ Baumaßnahmen nach dem Zukunftsinvestitionsgesetz / Investitionsförderungsgesetz NRW (Konjunkturpaket II)
Vorlage: 65/015/2010**

Protokoll:

TA Eden erklärt, es sei nun eine zügige Umsetzung der Maßnahmen geplant. Der Haushaltsansatz aus dem Bereich Bauunterhaltung für den Sanitär- und Umkleidebereich sei bereit gestellt worden. Doch reiche dies nicht für die Gesamtinvestition aus.

Stv. Rehm gibt zu bedenken, dass man bislang der Ansicht war, dass im Fall des Beginns der Instandsetzung der Dachkonstruktion für andere Maßnahmen keine Mittel übrig blieben. Inzwischen stehe aber fest, dass die Tragekonstruktion erhalten bleiben könne und die Haushaltsmittel für andere Maßnahmen eingesetzt werden könnten.

Stv. Goeken sorgt sich um den Spielbetrieb der Vereine und fragt nach den Planungen in wie weit Ersatzhallen in der Umgebung anzumieten seien.

TA Eden macht deutlich, dass die Sporthalle Adlerstr. während der Arbeiten für mehrere Monate geschlossen werden müsse und somit für den Trainings- und Spielbetrieb der Vereine nicht zur Verfügung stehe. Den Vereinen sei dies mitgeteilt worden. Diese stimmten sich nun mit dem Schulamt über ihre Bedarfe und Ausweichmöglichkeiten ab.

Stv. Rehm möchte wissen, ob die Gelder aus dem Konjunkturpaket II auch für Kindergarten-Maßnahmen verwendet werden könnten.

TA Eden erklärt, sei nur die Waldorfschule förderfähig.

Stv. Dürr spricht der Verwaltung für die in Eigenregie erbrachten Architektenleistungen sein Lob aus.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Beschluss:

"Die Projektfreigabe für die Umsetzung der Baumaßnahmen im Rahmen der Förderung nach dem Investitionsförderungsgesetz – Sanierung Sporthalle Adlerstraße und Sanierung der Turnhalle Gruitzen – wird erteilt."

./ Verkehrsangelegenheiten

7./ Antrag der SPD-Fraktion vom 24.01.2010

hier: Antrag einer Querungshilfe auf der Landstraße / Am Bandenfeld

Vorlage: 66/008/2010/1

Protokoll:

Stv. Drennhaus erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Die Errichtung einer Querungshilfe an der Landstraße sei insbesondere für das subjektive Sicherheitsempfinden von Schülern und Senioren wichtig. Nur so sei eine sichere Querung der Landstraße an dieser Stelle ohne weiten Fußweg und die Errichtung 60 m zusätzlichen Bürgersteigs möglich. Die schraffierte Fläche im Plan der Vorlage böte sich hier an. Die Maßnahme sei auch unter dem Gesichtspunkt der Geschwindigkeitsdrosselung auf der Landstraße zu sehen. Die Linksabbiegerspur zur Rheinischen Straße bzw. zum Bandenfeld sei aus seiner Sicht nicht unbedingt notwendig. Er bitte die Verwaltung, eine entsprechende Veränderung der Fahrstreifen zu prüfen.

Stv. Greeff möchte wissen, welche rechtlichen Gründe die Verwaltung an der Umsetzung des SPD-Antrages hindern. Er erinnert daran, dass der Rat diese Maßnahme nicht zuletzt vor dem Hintergrund der finanziellen Belastung abgelehnt habe. Dennoch sei eine Ortsbesichtigung sicher zielführend.

Stv. Rehm unterstützt für die GAL-Fraktion eine Ortsbesichtigung und denkt an eine weiter östliche Ausrichtung der Querungshilfe als bislang diskutiert bzw. vorgeschlagen.

TA Mering erläutert, eine Querungshilfe in Aufpflasterungsausführung koste 6.000 €,

die Neuerstellung des Gehweges ca. 7.000 €. Seine Anfrage an den Betriebshof, ob die finanzielle Realisierung aus Unterhaltungsmitteln ermöglicht werden könne, sei negativ beschieden worden. Weiter östlich als vorgeschlagen sei keine Realisierung einer Querungshilfe möglich, da die Einfahrten insbesondere für LKW zur Verfügung stehen müssten. Im Kreuzungsbereich der Rheinischen Straße sei dies zumindest aber denkbar. Auch die Verwaltung stimme einer Ortsbesichtigung zu, um einen tragfähigen Konsens erreichen zu können.

Stv. Straßburg möchte dieses Geld lieber in Projekte wie die Musikschule investieren. Man solle nicht die Bequemlichkeit der Menschen fördern, diese würden immer den kürzest möglichen Weg nutzen.

Stv. Rehm betont, die GAL-Fraktion distanzieren sich angesichts der ansässigen 25-köpfigen Kindergartengruppe von dieser Aussage.

Stv. Drennhaus meint, optimal wäre die Querungshilfe in Höhe der Einfahrt Bandenfeld.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Aufgrund des verschiedentlichen Beratungsbedarfes wird eine Beschlussfassung in die nächste Sitzung des BVVFA verschoben. Im Vorfeld der Sitzung soll die Situation an der Landstraße mittels einer Ortsbesichtigung visualisiert werden."

8./ Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE vom 19.02.2010
hier: Anpassung der Grünphasen der Fußgängerampeln
Vorlage: 66/009/2010

Protokoll:

AM Walter erläutert den Antrag der Links-Fraktion. Insbesondere älteren Mitbürgern sei die Verzögerungsphase, bis die Ampel den Verkehr freigebe, nicht zu vermitteln. Diese hielten erschrocken an und blieben mitten auf der Straße stehen, wenn sie ihr Rotlicht signalisierten. Im Zuge der Einrichtung der Grünen Welle auf der B 228 sei zugesichert worden, dass es genügend Zeit für die Fußgänger zur Straßenüberquerung geben werde. Er fragt an, ob die Verwaltung in dieser Frage den Behindertenbeauftragten und den Seniorenbeirat beteiligt habe.

TA Mering führt aus, die Verwaltung habe sich bei der Umsetzung an die gültige "Richtlinie für Signalanlagen" gehalten. Tatsächlich seien die 8 Sekunden Grünlicht an der Kreuzung Kaiserstr. / Martin-Luther-Str. recht wenig Zeit zum Überqueren der

Straße. Wenn jeder Fußgänger aber auch bei einsetzendem Rotlicht seinen Weg zügig fortsetze, reiche die Zeit mit der eingerechneten Verzögerungsphase aus, um gefahrlos die gegenüberliegende Straßenseite zu erreichen. Ansonsten gelte der § 1 Straßenverkehrsordnung, wonach die gegenseitige Rücksichtnahme oberste Pflicht im Straßenverkehr sei. Eine nachträgliche Änderung an den Grünzeiten würde die Grüne Welle konterkarieren, zumal diese geringen Zeiten zur Straßenüberquerung nur zu den Stoßzeiten herrschten.

Auch **Stv. Straßburg** sieht bei längerem Fußgänger-Grün ungewollte Folgen für den Verkehrsfluss auf der B 228.

Stv. Greeff zeigt sich erfreut über die Funktionstüchtigkeit der Grünen Welle und hält diese als von Experten ausgeklügeltes sicheres System, an dem nicht nachgedreht werden solle. Er fragt, ob es denkbar sei, sämtliche Bedarfsampeln auf Grün zu schalten.

TA Mering erklärt, die Technik funktioniere in der Weise, dass der Fußgänger regelmäßig seinen Bedarf anfordern solle.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja- und 1 Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen

Beschluss:

"Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wird zurückgewiesen. Der Beschluss des PIUVA vom 15.04.2008 bleibt bestehen."

9./ Verkehrsentwicklungsplan Haan (VEP) hier: Anforderungsprofil für die Erarbeitung des Verkehrsentwicklungsplans Stufe II Vorlage: 61/022/2010

Protokoll:

Stv. Rehm erklärt, die erneute Beratung dieses TOPs in einem öffentlichen Teil der Sitzung beantragt zu haben, weil die Vertreter der CDU-Fraktion auf ein Fahrradverkehrskonzept verzichten wollen. Die GAL-Fraktion schließt sich der Verwaltungsvorlage an. Er verweise auf S. 33 des Fahrradverkehrskonzeptes aus dem Jahre 1992. Hieraus gehe hervor, dass die Dieker Str. als Fahrradstraße gesehen werde und die Umsetzung eines Kreisverkehrs als für den Fahrradverkehr hinderlich angesehen werde. Dies zeige, dass man nicht auf veraltete Gutachten zählen könne.

Stv. Straßburg erkennt die Verkehrsführung an der Martin-Luther-Straße als dem Bedarf angepasst. Hier sollte Verschiebung der Verkehrsbelastung vorgenommen werden.

Stv. Lemke legt dar, dass die CDU-Fraktion in Bereichen des Kindergarten- und Schülerverkehrs sehr wohl für die Erstellung eines Fahrradverkehrskonzeptes gewesen sei.

Stv. Greeff schlägt vor, diese Position mit einem Sperrvermerk mit Freigabe durch den BVVFA zu versehen. Dies sichere die erneute Beteiligung des Fachausschusses vor Ausführung der Maßnahme. Man müsse realisieren, dass Haan keine klassische Fahrradstadt wie Hilden sei.

Stv. Dürr hält den heutigen Beschluss für ein Fahrradverkehrskonzept für unverzichtbar, da ein Verkehrsentwicklungsplan nur alle 15 Jahre beschlossen werde.

Stv. Wetterau macht deutlich, die CDU-Fraktion werde nur einem Beschluss zustimmen, in dem die Beauftragung eines Fahrradverkehrskonzeptes auf die Bereiche von Kindergärten und Schulen beschränkt sei.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird mit 9 Ja- und 10 Nein-Stimmen abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

18 Ja- Stimmen bei 1 Enthaltung

Beschluss:

"Dem Anforderungsprofil entsprechend der Anlage 1 wird unter der Prämisse zugestimmt, dass sich die Maßnahmen zur Erstellung eines Fahrradverkehrskonzeptes nur auf die Einzugsbereiche von Schulen und Kindergärten im Stadtgebiet beschränken."

10./ Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) in Haan
hier: Sachstandsbericht
Vorlage: 61/023/2010

Protokoll:

StOBR Rautenberg erläutert die Vorlage der Verwaltung. Der Beschluss des BVVFA sei nötig, da der AK ÖPNV nur als Unterausschuss des BVVFA bestellt sei. Zu den bisher eingegangenen Stellungnahmen der Fraktionen war es von Seiten der Verwaltung aus Gründen fehlender Zeitressourcen bislang nicht möglich, eine Bewertung

abzugeben.

Stv. Dürr zeigt sich negativ vom Beschlussvorschlag und der dort vorgeschlagenen Sitzungsfolge überrascht. Schließlich war einhellige Meinung, der AK ÖPNV sollte vor der Sitzung der Rheinbahn noch einmal zusammen kommen. Es stelle sich die Frage, wie autonom der AK ÖPNV sei, wenn er keine Sitzung ohne Zustimmung des BVVFA abhalten könne.

StOBR Rautenberg erklärt, diese Verfahrensweise sei eine Entscheidung der Verwaltungsspitze. Die Information an die Politik sei rechtzeitig erfolgt.

Stv. Rehm ist der Ansicht, es sei kein Zustand, dass der AK ÖPNV immer eine Zustimmung des BVVFA für seine Zusammenkunft brauche. Es müsse ein Grundsatzbeschluss zum Verhältnis von AK ÖPNV und BVVFA erfolgen.

Der Vorsitzende, **Stv. Lemke**, schlägt vor, der AK ÖPNV solle im Laufe des Juni erneut tagen. Das Verhältnis zwischen AK und BVVFA solle unter den Fraktionsvorsitzenden nach vorheriger interfraktioneller Absprache geklärt werden.

Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Stv. Greeff wirft ein, es gebe bereits einen Nahverkehrsplan aus dem Jahre 2004, der im Sinne des Nothaushaltes nicht weiter ausgebaut werden müsse.

Stv. Rehm empfiehlt den Mitgliedern des AK Personal, dass man sich in der nächsten Sitzung darüber einig werden müsse, wenn man sich selbst organisieren wolle und dies gegenüber Verwaltung und Politik mit Nachdruck zu vertreten.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Aufgrund des verschiedentlich noch bestehenden Beratungsbedarfes wird die Beschlussfassung erst in der kommenden Sitzung des BVVFA erfolgen."

11./ Leitbild für die Stadt Haan Vorlage: SKA/002/2010

Protokoll:

Stv. Rehm ist gegen das Kürzen und Modifizieren von Bürgerideen.

Man kommt auf Anregung des **Stv. Straßburg** überein, dass es sich beim vorliegenden Leitbild um ein Leitbild der Bürger Haans nicht aber des BVVFA handele, der andere Vorstellungen habe. Daher werde das vorgelegte Bürger-Leitbild lediglich zur Kenntnis genommen und an den HFA zurück verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

einvernehmlich

Beschluss:

"Das vorgelegte Bürger-Leitbild wird zur Kenntnis genommen."

12./ Mitteilungen

Protokoll:

TA Mering macht darauf aufmerksam, dass die Grüne Welle seit Dienstag dieser Woche geschaltet sei und die Anlagen von der Stadt abgenommen worden seien. Kleinere Probleme würden kurzfristig behoben.

13./ Beantwortung von Anfragen

Protokoll:

AM Bogatzki weist darauf hin, dass die öffentlichen Kanäle der „Selbstüberwachungsverordnung Kanal“ unterliegen, und deshalb regelmäßig von der Stadt kontrolliert werden. Für die privaten Grundstücksanschlussleitungen gilt diese Verordnung nicht. Stattdessen greift hier der § 61a des Landeswassergesetzes. Er fragt daher, welche Lösung die Verwaltung den Bürgern vorschläge, bzw. ob es hierzu schon Termine gebe.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung verweist in diesem Zusammenhang auf die Sitzungsvorlage 66/003/2010/1. Hier wurde das Thema im Planungsausschuss bereits aufgegriffen. An dem Sachstand hat sich nichts Wesentliches geändert.

Stv. Straßburg berichtet, dass in vielen Einmündungsbereichen des Außenbereiches alljährlich zu dieser Zeit das Grünwachstum sehr schnell zunehme und die Sicht der Verkehrsteilnehmer auf die Hauptverkehrsstraßen behindere. Er fragt, ob in Höhe des Fitness-Studios auf der Landstraße das Parken auf dem

Gehweg erlaubt sei. Dies berge Konfliktpotential mit dem Verkehr im Einmündungsbereich. Die Verwaltung möge bitte ebenso prüfen, ob nicht ein absolutes Halteverbot auf dem Gehweg in Höhe des Burger King ausgesprochen werden könne.

TA Mering erklärt, ein derartiges Halteverbot bestehe bereits in beiden Fällen, es müsse durch das Ordnungsamt nur überprüft werden. Er werde dies an die Kollegen weiterleiten.

Stv. Lemke möchte wissen, wann die Schilder für das LKW-Verbot in der Hochstraße aufgestellt werden. Darüber hinaus vermisse er u. a. an der Hochstraße/Brückenstraße noch immer Verkehrsschilder zur Führung des Gesamtverkehrs. Seit Eröffnung der K 20n verirren sich immer wieder LKW-Fahrer in Gruiten.

TA Mering führt aus, die Beschilderung für das LKW-Verbot in der Hochstraße sei angeordnet worden, der Kreis wird hier Dienstag kommender Woche tätig werden. In dem anderen Bereich sei es nicht zweckmäßig weitere Schilder zu installieren, da es sich um ein reines Problem der Navigationsgeräte handle, die die neue K 20n noch nicht kennen und daher die alte Verkehrsführung vorschlagen.